



NIEDERSCHRIFT

über die 17. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 26.04.2016,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:31



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Gerhard Mosebach

Dirk Vögeli

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

ab 17.19 Uhr TOP 1 ö.S.

Hermann Demmerle

Dr. Hannes Kopf

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid

Heinz Schmitt

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller



Aydin Tas

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Doris Braun

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

UBFL

Bertram Marquardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

AfD

Jürgen Sauer

FDP

Jochen Silbernagel



Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Dorothea Müller	(Ortsvorsteherin Mörzheim)
Michael Niedermeier	(Leiter Pressestelle)
Michael Schreiner	(Ortsvorsteher Godramstein)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Rudi Eichhorn



SPD

Prof. Peter Leiner



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Stellungnahme der Stadt Landau zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes 2030
Vorlage: 660/108/2016
3. Neubesetzung des Schulträgerausschusses und des Kulturausschusses
Vorlage: 100/189/2016
4. Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Oberbürgermeisters
Vorlage: 100/192/2016
5. Schaffung einer Stelle beim Sozialamt im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingssituation
Vorlage: 110/480/2016
6. Änderung der „Zweckvereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Fahrlehrergesetz im Landkreis Südliche Weinstraße durch die Stadt Landau in der Pfalz“
Vorlage: 300/108/2016
7. Ausbaumaßnahme in der Kath. Kindertagesstätte Christ König, Heinrich-Jakob-Fried-Straße 1, 76829 Landau in der Pfalz, zur Aufnahme von weiteren unter dreijährigen Kindern
Vorlage: 510/065/2016
8. Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Kernstadt in Landau in der Pfalz
Vorlage: 660/105/2016
9. Änderung Beitragssatzung Abwasserbeseitigung
Vorlage: 860/305/2016
10. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Dr. Götz sprach für den BUND und wies auf ein Rundschreiben hin, das sich auf die Pariser Klimaschutzkonferenz und die Energiewende beziehe. Daraus ergebe sich die Frage, was die Stadt in Sachen Energiewende bisher getan habe.

Beigeordneter Klemm betonte, dass man auch in der Vergangenheit schon einiges unternommen habe. Die Windkraft als Hoffnungsträger sei weggebrochen. Auch die Geothermie sei schwierig und nicht das, was man sich erwartet habe. Das bestehende Klimaschutzkonzept werde derzeit aktualisiert. Die Stadt werde ein Mobilitätskonzept in Auftrag geben. Zu Fragen der Wärmedämmung seien verschiedene Aktionen in Zusammenarbeit mit der Energieagentur geplant.

Frau Breiner fragte, ob die Stadt sich eine Prüfung zur Schaffung eines Fußgängerdurchwegs von der Waffenstraße zum Haus zum Maulbeerbaum vorstellen könne.

Der Vorsitzende nahm die Anregung gerne auf und sagte eine Prüfung zu. Er werde ihr schriftlich darauf antworten.

Frau Graw wollte wissen, wie viele Wohneinheiten im Wohnpark Am Ebenberg entstehen werden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass es 900 Wohneinheiten sein werden plus die entstehenden Einheiten im Philosophengarten.

Frau Lüdtke bemängelte, dass sich die Termine des „Forum Demenz“ und der Informationsveranstaltung „Landau baut Zukunft“ überschneiden. Warum sei es hier nicht zu einer Koordination dieser beiden wichtigen Veranstaltungen gekommen?

Der Vorsitzende betonte, dass überschneidende Termine sich nicht immer vermeiden lassen.

Herr Schmitt stellte Fragen zum Wohnraumversorgungskonzept:

- Wie lautet der konkrete Auftrag für das Konzept?
- Wie sei die Kostenlage?
- Warum werde die bekannte Folge, dass mehr Straßen auch mehr Verkehr verursachen nicht auch auf erwartetes Baugelände übertragen?

Der Vorsitzende unterstrich, dass der Arbeitsauftrag vom Stadtrat bereits Mitte 2015 erteilt worden sei. Das Gutachten habe 47.000 Euro gekostet, 1/3 hiervon sei vom Land gefördert worden. Weitere Gutachten seien derzeit nicht beauftragt. Alle Dokumente auch zum Arbeitsauftrag seien ab nächste Woche auf einer eigenen Homepage „Landau baut Zukunft“ veröffentlicht.

Herr Wiora sagte, dass der Oberbürgermeister gebetsmühlenartig betone, dass es sich nur um eine Voruntersuchung der Gebiete handle. Allerdings ließen die veröffentlichten Skizzen keinen Zweifel daran, dass man am liebsten das ganze Gebiet bebauen würde. Man drohe mit Preisspekulationen als Damoklesschwert, um Dringlichkeit zu suggerieren. Der Stadtrat sei mit einer Hau-Ruck-Entscheidung überrumpelt worden und habe nicht den Mut aufgebracht, der Verwaltung für dieses Projekt die Rote Karte zu zeigen. Man wolle kein Baugebiet im Südwesten Landaus und man wolle eine andere Form des Dialogs als die, die die Stadtspitze seit Wochen praktiziere. Für die Bürger wirke es so, als habe die Stadt eine Wagenburgmentalität eingenommen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass auf viele der Fragen, die Herr Wiora angesprochen habe, auf der Veranstaltung am 28. April eingegangen werde. Er weise nochmal darauf hin, dass es ein Untersuchungsgebiet sei. Es gehe nicht darum, 100 Hektar zu bebauen und auch nicht darum, dort



2.500 Wohnungen zu errichten. Es werde eine Reihe von Informationsveranstaltungen in den nächsten Wochen und Monaten geben, bei denen dieses Thema in den verschiedensten Facetten behandelt werde.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Stellungnahme der Stadt Landau zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes 2030

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 13. April 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Im Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes seien für die Stadt Landau der geplante weitere vierstreifige Ausbau der B 10 und die zweite Rheinbrücke bei Wörth maßgeblich. Zur

B 10 sollte man die nach wie vor gültige Resolution des Stadtrates nochmals bekräftigen. Bei der zweiten Rheinbrücke sollte der Rat gerade wegen der vielen Pendler eine Position abgeben.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass der Bundesverkehrswegeplan mit Spannung erwartet worden sei, aber keine wirklichen Überraschungen biete. Die CDU-Stadtratsfraktion halte die Resolution zur B 10 nach wie vor für richtig. Neu sei die zweite Rheinbrücke bei Wörth. Diese sei im Interesse der Stadt Landau. Die CDU-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Vogler lehnte für die SPD-Stadtratsfraktion den vierspurigen Ausbau der B 10 weiterhin ab. Einer zweiten Rheinbrücke stehe man positiv gegenüber. Die SPD-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Lichtenthäler war der Meinung, dass der Entwurf dieses Bundesverkehrswegeplanes zeige, dass der Traum einer europäischen Transversale durch das Queichtal noch nicht ausgeträumt sei. Es zeige, dass die Lobbyarbeit der Westpfalz für die B 10 erfolgreich gewesen sei. Dies sei eine politische Entscheidung, die nicht fundiert belegt ist. Er rege an, diese Stellungnahme auch direkt an das MAB-Komitee zu schicken. Ein solcher Ausbau sei mit dem Biosphärenreservat nicht vereinbar. Er glaube nicht, dass uns eine zweite Rheinbrücke wirklich voran bringe. Die Verbesserung des Schienennahverkehrs würde uns viel weiterbringen. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion lehne die zweite Rheinbrücke ab.

Ratsmitglied Freiermuth stellte fest, dass die Tunnel ein Problem beim Ausbau der B 10 seien. Die FWG-Stadtratsfraktion sei dennoch für den Ausbau der B 10. Die B 10 sei ein Gefahrenschwerpunkt, dies sei ein Fakt. Natürlich wäre es wünschenswert, viel Verkehr auf die Schiene zu verlagern. Ein Nachtfahrverbot und Verbesserungen beim Lärmschutz würde man begrüßen. Den Bau einer zweiten Rheinbrücke bei Wörth halte man auch für sinnvoll.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt diesen Bundesverkehrswegeplan für rückwärtsgerichtet. Er zeige keinerlei Alternativen für den Individualverkehr auf. Man sei gegen den vierstreifigen Ausbau der B 10 und diese Salamtaktik. Allein die Tunnelproblematik zeige, dass dies unausgereift sei. Für die zweite Rheinbrücke bei Wörth sehe man leider derzeit keine Alternative. Daher werde man der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel betonte, dass die FDP sich nach wie vor für den Ausbau der B 10 einsetze. Dies allein schon deshalb um Gefahrenschwerpunkte zu entschärfen. Als unabdingbar sehe er die zweite Rheinbrücke bei Wörth.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 6 Nein-Stimmen:

Der Stellungnahme zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes BVWP 2030:

- 1) 4-streifiger Ausbau der B 10 und
- 2) 2. Rheinbrücke Wörth-Karlsruhe



wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Neubesetzung des Schulträgerausschusses und des Kulturausschusses

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 14. April 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt

- **Frau Andrea Schlimmer, Wieslauterstraße 18, 76829 Landau in der Pfalz als Elternvertreterin**
- **Frau Maria Helena Stephan, Thüringer Straße 30, 76829 Landau in der Pfalz als Schülervereinerin**
- **Herrn Max Schönenberger, Hintergasse 31 b, 76865 Rohrbach als Schülervereinerer**

in den Schulträgerausschuss.

Weiter wählt der Stadtrat

- **Frau Dr. Gertraud Migl, Ostring 16, 75829 Landau in der Pfalz und**
- **Herrn Jakob Wagner, Glacisstraße 24, 76829 Landau in der Pfalz**

als weitere stellvertretende Mitglieder in den Kulturausschuss.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Hirsch war gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Bürgermeister Dr. Ingenthron.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 31. März 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Nebentätigkeiten über der Oberbürgermeister in einer Vielzahl von Fällen im Auftrag der Stadt aus. In anderen Städten werde dies ebenso praktiziert.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass 34 Nebentätigkeiten sehr viel seien. Wieviel Prozent der Arbeitszeit des Büros des Oberbürgermeisters seien davon betroffen?

Der Vorsitzende entgegnete, dass es nicht zielführend sei, jetzt die Sinnhaftigkeit jeder einzelnen Nebentätigkeit zu hinterfragen. Ein Teil der Ämter falle dem OB kraft Amtes zu. Ein Prozentsatz der Tätigkeit des Büros könne er nicht nennen.

Ratsmitglied Marquardt hatte die Befürchtung, dass ein Oberbürgermeister mit 34 Nebentätigkeiten überfordert sei. Daher werde er der Vorlage nicht zustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja,- 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung:

Der Stadtrat nimmt die in der Anlage dargestellten Nebentätigkeiten des Oberbürgermeisters gemäß dem Landesbeamtengesetz (LBG) in Verbindung mit der Nebentätigkeitsverordnung (NebVO) und Ehrenämter zur Kenntnis.

Der Stadtrat erklärt sein Einverständnis, dass der Oberbürgermeister für die Ausübung der dargestellten Funktionen die entsprechende Infrastruktur der Verwaltung (Büro, Fahrer, Dienstwagen) einsetzt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Schaffung einer Stelle beim Sozialamt im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingssituation

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Personal- und Organisationsabteilung vom 6. April 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Im Moment seien in Landau 670 Flüchtlinge untergebracht.

Ratsmitglied Follenius-Büssow erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Die Argumentation in der Vorlage sei schlüssig. Irritierend sei etwas der Verlauf dieser Stellenbeantragung. Die steigende Zahl der Flüchtlinge sei ja schon im letzten Jahr absehbar gewesen. Sie sehe in dieser Vorlage auch keinen Widerspruch zum Antrag der Grünen zur elektronischen Gesundheitskarte. Der Antrag der Grünen zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte sollte nunmehr aber auch behandelt werden, da die Rahmenvereinbarung des Landes jetzt vorliege.

Der Vorsitzende bestätigte, dass die Rahmenvereinbarung des Landes vorliege. Es bleibe aber nach wie vor die ablehnende Haltung der kommunalen Spitzenverbände. Im Bereich des Sozialamtes habe man einige organisatorische Veränderungen gehabt und auch Langzeitausfälle durch Krankheit.

Ratsmitglied Schwarzmüller stimmte für die SPD-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage ebenfalls zu. Diese Aufstockung sei sehr begrüßenswert. Sie bitte um Beantwortung der Frage, ob alle die länger als 15 Monate hier sind, einen Anspruch auf eine gesetzliche Krankenversicherung haben und analog auf Leistungen aus dem SGB II und SGB XII?

Der Vorsitzende sicherte zu, dies prüfen zu lassen. Er werde schriftlich antworten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dass die Verwaltung eine weitere Vollzeitstelle in Entgeltgruppe 9 beim Sozialamt bereits vor Verabschiedung und Genehmigung des Nachtragsstellenplans 2016 zeitnah besetzen kann. Sie wird mit einer Befristung zunächst bis zum 30. Juni 2018 versehen. Die Stelle und die erforderlichen Mittel (Personalkosten) werden in den Nachtragshaushalt und –Stellenplan 2016 aufgenommen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Änderung der „Zweckvereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Fahrlehrergesetz im Landkreis Südliche Weinstraße durch die Stadt Landau in der Pfalz“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 16. Februar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Zustimmung zur Änderung der Zweckvereinbarung für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Fahrlehrergesetz im Landkreis Südliche Weinstraße durch die Stadt Landau in der Pfalz entsprechend dem beigefügten Entwurf zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Ausbaumaßnahme in der Kath. Kindertagesstätte Christ König, Heinrich-Jakob-Fried-Straße 1, 76829 Landau in der Pfalz, zur Aufnahme von weiteren unter dreijährigen Kindern

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Jugendamtes vom 22. Februar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Man habe diese Maßnahme im Förderprogramm K.I. 3.0 angemeldet, da es dort eine höhere Förderquote gebe. Die Signale seien so, dass diese Maßnahme nicht über das Förderprogramm zum Tragen kommen werde. Man sei weiterhin führend in Landau bei der Kita-Versorgung. Wahrscheinlich im Herbst werde man den Neubau auf dem Bethesda-Gelände beziehen können.

Ratsmitglied Burgdörfer begrüßte für die CDU-Stadtratsfraktion diese Ausbaumaßnahme ausdrücklich. Die Stadt Landau könne stolz auf ihre Kitapolitik sein. Für jedes Kind mit Rechtsanspruch gebe es in Landau einen Betreuungsplatz. Damit sei man führend in Rheinland-Pfalz. Die Pläne zum Ausbau der Kindertagesstätte Christ König seien sinnvoll und notwendig. Der Sitzungsvorlage werde die CDU-Stadtratsfraktion gerne zustimmen.

Ratsmitglied Vogler erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion ebenfalls die Notwendigkeit des weiteren Ausbaus der Betreuungsmöglichkeiten für unter dreijährige Kinder sehe. Durch diesen Ausbau würden sich auch die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen verbessern. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth fand es ärgerlich dass über das Förderprogramm K.I. 3.0 keine Förderung möglich sei. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage dennoch zu.

Ratsmitglied Dr. Migl stimmte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zu. Man begrüße dies außerordentlich, da dies viele Familien entlaste. Hier sei jeder Euro gut angelegt.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

vorbehaltlich der Förderzusage des Landes Rheinland-Pfalz, des vorzeitigen förderunschädlichen Maßnahmenbeginns und der Haushaltsgenehmigung durch die ADD in Trier der Umsetzung der Baumaßnahme in der Kath. Kindertagesstätte Christ König zur Schaffung von weiteren Plätzen für unter dreijährige Kinder zuzustimmen und gewährt einen Investitionszuschuss in Höhe von insgesamt 100.000,00 €.

Ein Landeszuschuss in Höhe von 29.400 € ist zu beantragen. Der Kreditbetrag der Stadt Landau in der Pfalz erhöht sich demnach um 70.600 €.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Kernstadt in Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 15. März 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Freiermuth wollte wissen, wie hoch der Anteil der Ortsteile an den 2,1 Millionen Euro Kosten der Umstellung sei. Die FWG-Stadtratsfraktion begrüße diese Maßnahme grundsätzlich und stimme der Sitzungsvorlage zu.

Herr Kamplade antwortete, dass sich die 2,1 Millionen Euro nur auf die Leuchten in der Kernstadt beziehen. Für die Ortsteile werde es nach der Sommerpause eine eigene Vorlage geben.

Ratsmitglied Löffel betonte, dass die Stadt durch die neuen Leuchten Geld und Energie spare. Man hätte sich das aber sicher nicht geleistet, wenn man nicht durch die EuP-Richtlinie dazu gezwungen wäre. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu. Er würde aber gerne noch wissen, ob man die Einsparung bereits quantifizieren könne und ob der Bürger mittels der wiederkehrenden Beiträge an den Einsparungen beteiligt werde.

Herr Kamplade schätzte die Höhe der Einsparungen auf ca. 70 bis 85 %. Genauer werde man erst sehen mit der Verbrauchsabrechnung.

Herr Messemer ergänzte, dass die Einsparungen grundsätzlich dem Bürger zugute kommen.

Ratsmitglied Maier fragte, ob die Stadtteile Dammheim und Mörzheim vergessen wurden, da diese nicht aufgeführt seien.

Herr Kamplade antwortete, dass Dammheim und Mörzheim noch bis März über die Pfalzwerke gelaufen seien und deshalb nicht aufgeführt seien. Selbstverständlich würden auch dort alle Leuchten erneuert.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Den vorgeschlagenen Leuchtentypen in der Kernstadt wird zugestimmt.

Den vorgeschlagenen Lichtfarben wird zugestimmt.

Dem Austausch schadhafter Leuchten in der Fußgängerzone Zug um Zug wird zugestimmt.

Das Stadtbauamt wird beauftragt, die Maßnahme in Abhängigkeit der bereitgestellten Haushalts- und Fördermittel umzusetzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Änderung Beitragssatzung Abwasserbeseitigung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 12. April 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau –AöR- über die Erhebung von Abgaben für die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung“ (Abgabensatzung Abwasserbeseitigung) als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach der geplanten Schließung der Sparkassenfiliale in Arzheim.

Der Vorsitzende erläuterte zu den Hintergründen. Es gehe um zwei Geschäftsstellen im Stadtgebiet, Arzheim und Nußdorf. Der Verwaltungsrat habe sich mit jeder einzelnen Geschäftsstelle beschäftigt, die geschlossen werden solle.

Ratsmitglied Baum-Baur erkundigte sich nach den Kriterien für den Breitbandausbau in Landau.

Der Vorsitzende unterstrich, dass der morgige Spatenstich für die gesamte Kernstadt und die Ortsteile sei, mit Ausnahme der Ortsteile die bereits mit Inexio vertraglich gebunden seien.

Ratsmitglied Schowalter wies auf das „Fest der Begegnung“ am 15. Mai 2016 in Herxheim hin.

Ratsmitglied Braun regte an, Einladungen zu Veranstaltungen nur noch per E-Mail zu verschicken.

Der Vorsitzende nahm die Anregung auf. Man werde dies künftig so handhaben.

Ratsmitglied Vogler erkundigte sich nach dem Sachstand hinsichtlich des ehemaligen Volksbankgebäudes.

Der Vorsitzende betonte, dass dies ein schwieriges Feld bleibe.

Ratsmitglied Scharhag bemängelte, dass sich Verkaufsflächen der Geschäfte in der Innenstadt zunehmend auf die Straße verlagern.

Bürgermeister Dr. Ingenthron lud zu einer Ausstellung mit Werken Landauer Schülerinnen und Schüler im Frank-Loebchen-Haus ein.



Die Niederschrift über die 17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 26.04.2016 umfasst 17 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 108.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter